



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 152

21. MAI 2010

POLITIK UNTER DRUCK



Liebe Leserinnen und Leser!

Gäbe es einen Preis für das schnellste Gesetzgebungsverfahren, so hätte sich das deutsche Parlament im Oktober 2008 wahrlich eine Goldmedaille verdient. In nur fünf Tagen passierte das Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte den Deutschen Bundestag. Durch das 480 Milliarden Euro schwere Rettungspaket wurde letztlich ein Kollaps auf dem Finanzplatz Deutschland abgewendet. Dieser drohte nach der überraschenden Pleite des US-Finanzhauses Lehman Brothers. Nun müssen die deutschen Abgeordneten wieder ran, zur nächsten Rettung im Eilverfahren. Leider.

Herzlichst, Ihr

Auf die schnelle Verabschiedung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes kann man im Nachhinein stolz sein. Für mich als Abgeordneter blieb aber auch ein fader Beigeschmack zurück. Denn eine parlamentarische Demokratie lebt davon, dass sich die Entscheidungsträger in Ruhe ein Bild der Lage machen können und jedem Gesetzgebungsverfahren eine öffentliche Diskussion vorausgeht.

Nun ist der fade Beigeschmack wieder da. Ganze 10 Tage nach einem Beschluss des Europäischen Rates soll in dieser Woche über die deutsche Beteiligung am neuen Euro-Rettungsschirm abgestimmt werden. Entscheidungen von immenser Tragweite unter immenssem Zeitdruck zu treffen: das darf nicht zum Dauerzustand werden!

Das zur Abstimmung anstehende Euro-Rettungspaket sieht nun vor, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Kern dieses Pakets ist die Einrichtung einer Zweckgesellschaft. Diese kann für ein Krisenland Kapital an den Märkten aufnehmen und wird über Garantien der teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten abgesichert. Auf Deutschland entfällt ein maximaler Garantieanteil von 123 Mrd. Euro.

Um zu verhindern, dass sich die finanzielle Situation in einer Reihe von Euro-Staaten verschlechtert und damit insgesamt der Fortbestand der gesamten Währungsunion und die Stabilität unserer Währung bedroht ist, erscheint mir der Euro-Rettungsschirm gerade im nationalen Interesse ohne echte Alternative. Umso mehr erstaunte mich das Auftreten der SPD. Es war die Regierung Schröder, die einst gegen massive Bedenken von CDU und CSU die Aufnahme Griechenlands zur Eurozone betrieb. Unter Rot-Grün (Hans Eichel!) wurde der Wachstums- und Stabilitätspakt ausgehöhlt.

Nun plustert sich die SPD auf, wirft Angela Merkel Untätigkeit vor und macht eine Zustimmung zum Rettungspaket von immer neuen Bedingungen abhängig. Das ist schon dreist.

Über die Ursachen der Krise kann man streiten. Sicher haben auch Zockereien etwa mit ungedeckten Leerverkäufen zur Verschärfung der Krise beigetragen. Spekulation entsteht aber immer erst dort, wo bereits etwas im Argen liegt, wie z.B. die Staatsfinanzen in vielen europäischen Ländern.

Das Rettungspaket schirmt nun EU-Mitglieder wie Griechenland und Spanien eine Zeit lang vor den ärgsten Bedrohungen ab. Diese Länder sind in der Zwischenzeit dazu verdammt, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen. Andernfalls ist das Projekt Europa nicht zu retten. Es wäre dem Steuerzahler auch kaum zu vermitteln, dass wir uns in Deutschland zu einer Schuldenbremse durchringen, aber gleichzeitig über Kreditgarantien Defizitländern weiterhin eine laxen Finanzpolitik durchgehen lassen, die uns erst in diese Krise gebracht hat. Dafür setzt sich die Kanzlerin weiterhin ein.

DIALOG MIT MUSLIMEN WIRD FORTGESETZT



In dieser Woche hat die zweite Phase der Deutschen Islamkonferenz (DIK) begonnen. Damit wird der Dialog zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in Deutschland fortgesetzt. Das Ziel der Konferenz besteht darin, die religionsrechtliche und gesellschaftliche Integration der Muslime in Deutschland weiter zu verbessern. In ihrer zweiten Phase erfolgt eine stärkere praktische Ausrichtung der Islamkonferenz.

Der erste Themenschwerpunkt der Konferenz zielt darauf ab, die institutionalisierte Kooperation und integrationsbezogene Projekt-

arbeit weiter zu fördern. Das beinhaltet auch die Entwicklung eines Modellkonzepts für die landes- und gesellschaftskundliche Fortbildung von Imamen.

Da Religion kein Deckmantel für die Ungleichbehandlung von Frau und Mann sein darf, bildet das Thema Geschlechtergerechtigkeit einen weiteren Schwerpunkt der Deutschen Islamkonferenz.

Schließlich zielt die Konferenz drittens darauf ab, Maßnahmen zur Prävention von Extremismus, Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung zu entwickeln.

Die CDU/CSU-Fraktion im

Deutschen Bundestag unterstützt die Deutsche Islamkonferenz. Sie hat bereits in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass Fremdheit überwunden und damit Integration gelebt werden konnte.

Unverständlich ist vor diesem Hintergrund, dass der Zentralrat der Muslime seine Teilnahme an der Konferenz abgesagt hat. Aber es ist auch nicht hinnehmbar, dass ein einzelner Akteur Inhalt und Zusammensetzung des Forums einseitig diktiert. Die Fixierung des Zentralrats auf das Thema „Islamfeindlichkeit“ ist für eine konstruktive Debatte wenig hilfreich.

KRIMINALSTATISTIK: ANSTIEG LINKER GEWALT



Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat in dieser Woche die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2009 vorgestellt. Die darin enthaltenen Zahlen sind zunächst erfreulich. Wie bereits in den Vorjahren ist auch im Jahre 2009 die polizeilich registrierte Kriminalität rückläufig. Die Quote bei der Aufklärung von Straftaten liegt mit 55,6 Prozent auf dem höchsten Stand seit

Einführung der Kriminalstatistik 1993.

Bedenklich ist allerdings, dass die Zahl linksextremistischer Straftaten im Jahr 2009 um 39,4 Prozent angestiegen ist. Erstmals wurden mehr Körperverletzungen aus politisch linker als aus politisch rechter Motivation heraus begangen.

Vor diesem Hintergrund warnt Bundesfamilienminis-

terin Christina Schröder vor einer Verharmlosung linker Gewalt. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Wolfgang Bosbach fordert darüber hinaus, dass es beim Kampf gegen den gewaltbereiten Linksextremismus die gleiche gesellschaftliche Entschlossenheit geben muss wie beim weiteren nötigen Kampf gegen den gewaltbereiten Rechtsextremismus. Recht hat er!

STUDENTEN TRAFEN MGB



Studenten des niedersächsischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung e.V. (Hannover) haben im Rahmen eines Parlamentsseminars den Deutschen Bundestag besucht. Auf dem Programm der Besuchergruppe

stand auch ein Treffen mit Michael Grosse-Brömer.

Mit Grosse-Brömer diskutierten die Studenten des Studieninstituts über die Vor- und Nachteile von Volksabstimmungen sowie aktuelle politische Themen.

TERMINAUSWAHL

- 21.05. Einweihung Denkmal für Max Schmeling in Hollenstedt
- 26.05. CDU-Bürgerforum
- 27.05. Spargelesen CDU-Niedersachsen in Celle
- 29.05. 50 Jahre CDU Neu Wulmstorf
- 30.05. 80. Geburtstag Volker Köhler in Wolfsburg